

1969	Ausgegeben zu Bonn am 29. März 1969	Nr. 26
Tag	Inhalt	Seite
21. 3. 69	Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Dritten Verordnung zur Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes Bundesgesetzbl. III 811-1-3	241
21. 3. 69	Neufassung der Dritten Verordnung zur Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes Bundesgesetzbl. III 811-1-3	243
25. 3. 69	Siebente Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes und Achte Verordnung zur Änderung der Zweiten und Dritten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes Bundesgesetzbl. III 251-1-1, 251-1-2, 251-1-3	245
10. 3. 69	Bekanntmachung über die Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages Bundesgesetzbl. III 1101-1	253
Hinweis auf andere Verkündungsblätter		
Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften		254

Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Dritten Verordnung zur Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes

Vom 21. März 1969

Auf Grund des § 41 Abs. 1 Buchstabe g des Schwerbeschädigtengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1233), zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 503), verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

Artikel 1

Die Dritte Verordnung zur Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes vom 30. Januar 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 57) wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. § 2 erhält folgende Fassung:

„§ 2

Die Hauptfürsorgestellten haben bis zum 31. März über das Aufkommen an Ausgleichsabgaben jeweils für das vorausgegangene Rechnungsjahr gegenüber dem Bundesausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge abzurechnen und den dem Ausgleichsfonds zuzuführenden Anteil zu überweisen.“

2. § 3 erhält folgende Fassung:

„§ 3

(1) Zuwendungen aus dem Ausgleichsfonds können bei der Unterbringung Schwerbeschädig-

ter, die eine Erwerbstätigkeit in einem anderen Land des Bundesgebietes aufnehmen,

1. zur Schaffung von Wohnraum oder
 2. zur Gründung einer selbständigen Existenz
- gewährt werden. Entsprechendes gilt für Schwerbeschädigte, die ihren Wohnsitz in den Geltungsbereich des Gesetzes verlegen.

(2) Zuwendungen aus dem Ausgleichsfonds können auch zur Förderung von Wohnungsbauvorhaben für Schwerbeschädigte gewährt werden, deren Wohnort und Arbeitsplatz in verschiedenen Ländern des Bundesgebietes liegen (Grenzpendler), wenn die Heranführung an den Arbeitsplatz der Erhaltung ihrer Arbeitskraft dient.

(3) Wohnungsbauvorhaben mit weniger als fünf Wohnungen sollen nur gefördert werden, wenn sie Teil eines Umsiedlungsplanes sind.“

3. § 4 erhält folgende Fassung:

„§ 4

Zuwendungen aus dem Ausgleichsfonds können ferner gewährt werden

1. für die Schaffung oder Erweiterung von Einrichtungen, in denen
 - a) Maßnahmen der Fortbildung, Umschulung oder Ausbildung, der beruflichen Anpassung oder Vorbereitung auf eine Umschulung oder Ausbildung oder

- b) sonstige Maßnahmen zur Sicherung der Eingliederung Schwerbeschädigter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft oder
- c) Maßnahmen der Erholungsfürsorge durchgeführt werden,
2. für Einrichtungen oder Maßnahmen, die der Durchführung von Leibesübungen in Gruppen unter ärztlicher Überwachung dienen,
3. für Aufklärungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Arbeits- und Berufsförderung,
4. für die Entwicklung technischer Arbeitshilfen.
- Zuwendungen werden nur gewährt, wenn die Einrichtungen oder Maßnahmen den Interessen mehrerer Länder dienen.“
4. § 5 erhält folgende Fassung:

„§ 5

(1) Zuwendungen aus dem Ausgleichsfonds (Zuschüsse oder Darlehen) werden nur gewährt, soweit ausreichende Mittel für denselben Zweck nicht von anderer Seite zu gewähren sind oder gewährt werden.

(2) Über die Zuwendungen entscheidet der Bundesausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge auf Antrag der Hauptfürsorgestelle, in deren Bereich die zu fördernde Einrichtung liegt oder geschaffen werden

soll oder der Träger der Maßnahme seinen Sitz hat. In Fällen des § 4 Nr. 1 Buchstaben a und b, Nr. 3 und 4 ergeht die Entscheidung nach Anhörung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

(3) Vor Antragstellung auf Zuwendungen nach § 3 und § 4 Nr. 1 Buchstaben a und b, Nr. 3 und 4 soll sich die Hauptfürsorgestelle mit der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ins Benehmen setzen.“

Artikel 2

Der Bundesminister des Innern wird ermächtigt, die Dritte Verordnung zur Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes in der durch diese Verordnung bestimmten Fassung neu bekanntzumachen; er kann dabei Unstimmigkeiten der Paragraphenfolge und des Wortlauts beseitigen.

Artikel 3

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 43 Abs. 2 des Schwerbeschädigtengesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 21. März 1969

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Brandt

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Hans Katzer

Der Bundesminister des Innern
Benda

**Bekanntmachung
der Neufassung der Dritten Verordnung
zur Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes
Vom 21. März 1969**

Auf Grund des Artikels 2 der Verordnung zur Änderung und Ergänzung der Dritten Verordnung zur Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes vom 21. März 1969 (Bundesgesetzbl. I S. 241) wird nachstehend der Wortlaut der Dritten Verordnung zur Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes in der jetzt geltenden Fassung bekanntgegeben, wie sie sich aus der oben angeführten Änderungsverordnung ergibt.

Die Rechtsvorschriften sind auf Grund
des § 39 Abs. 1 Buchstabe g des Schwerbeschädigtengesetzes vom 16. Juni 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 389)
und
des § 41 Abs. 1 Buchstabe g des Schwerbeschädigtengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 1233), zuletzt geändert durch das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24. Mai 1968 (Bundesgesetzbl. I S. 503),
erlassen worden.

Bonn, den 21. März 1969

**Der Bundesminister des Innern
Benda**

**Dritte Verordnung
zur Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes**

§ 1

Der Ausgleichsfonds nach § 9 Abs. 6 des Gesetzes wird mit Wirkung vom 1. Juli 1955 bei dem Bundesausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge gebildet.

§ 2

Die Hauptfürsorgestellen haben bis zum 31. März über das Aufkommen an Ausgleichsabgaben jeweils für das vorausgegangene Rechnungsjahr gegenüber dem Bundesausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge abzurechnen und den dem Ausgleichsfonds zuzuführenden Anteil zu überweisen.

§ 3

(1) Zuwendungen aus dem Ausgleichsfonds können bei der Unterbringung Schwerbeschädigter, die eine Erwerbstätigkeit in einem anderen Land des Bundesgebietes aufnehmen,

1. zur Schaffung von Wohnraum oder
 2. zur Gründung einer selbständigen Existenz
- gewährt werden. Entsprechendes gilt für Schwerbeschädigte, die ihren Wohnsitz in den Geltungsbereich des Gesetzes verlegen.

(2) Zuwendungen aus dem Ausgleichsfonds können auch zur Förderung von Wohnungsbauvorhaben für Schwerbeschädigte gewährt werden, deren Wohnort und Arbeitsplatz in verschiedenen Ländern des Bundesgebietes liegen (Grenzpendler), wenn die Heranführung an den Arbeitsplatz der Erhaltung ihrer Arbeitskraft dient.

(3) Wohnungsbauvorhaben mit weniger als fünf Wohnungen sollen nur gefördert werden, wenn sie Teil eines Umsiedlungsplanes sind.

§ 4

Zuwendungen aus dem Ausgleichsfonds können ferner gewährt werden

1. für die Schaffung oder Erweiterung von Einrichtungen, in denen
 - a) Maßnahmen der Fortbildung, Umschulung oder Ausbildung, der beruflichen Anpassung oder Vorbereitung auf eine Umschulung oder Ausbildung oder

b) sonstige Maßnahmen zur Sicherung der Eingliederung Schwerbeschädigter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft oder

c) Maßnahmen der Erholungsfürsorge durchgeführt werden,

2. für Einrichtungen oder Maßnahmen, die der Durchführung von Leibesübungen in Gruppen unter ärztlicher Überwachung dienen,
3. für Aufklärungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Arbeits- und Berufsförderung,
4. für die Entwicklung technischer Arbeitshilfen.

Zuwendungen werden nur gewährt, wenn die Einrichtungen oder Maßnahmen den Interessen mehrerer Länder dienen.

§ 5

(1) Zuwendungen aus dem Ausgleichsfonds (Zuschüsse oder Darlehen) werden nur gewährt, soweit ausreichende Mittel für denselben Zweck nicht von anderer Seite zu gewähren sind oder gewährt werden.

(2) Über die Zuwendungen entscheidet der Bundesausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge auf Antrag der Hauptfürsorgestelle, in deren Bereich die zu fördernde Einrichtung liegt oder geschaffen werden soll oder der Träger der Maßnahme seinen Sitz hat. In Fällen des § 4 Nr. 1 Buchstaben a und b, Nr. 3 und 4 ergeht die Entscheidung nach Anhörung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

(3) Vor Antragstellung auf Zuwendungen nach § 3 und § 4 Nr. 1 Buchstaben a und b, Nr. 3 und 4 soll sich die Hauptfürsorgestelle mit der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ins Benehmen setzen.

§ 6

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 43 Abs. 2 des Schwerbeschädigtengesetzes auch im Land Berlin.

§ 7

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Siebente Verordnung
zur Änderung der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes
und
Achte Verordnung
zur Änderung der Zweiten und Dritten Verordnung zur Durchführung
des Bundesentschädigungsgesetzes
Vom 25. März 1969

Auf Grund der §§ 27, 42, 126 und 166 b des Bundesentschädigungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 29. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 559, 562) zuletzt geändert durch das Gesetz vom 26. August 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 525) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

Artikel I

Änderung der 1. DV-BEG

Die Erste Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (1. DV-BEG) in der Fassung der Verordnung vom 13. April 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 292, 393) wird wie folgt geändert:

1. § 21 a erhält folgende Fassung:

„§ 21 a

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt für

	vom 1. 1. bis 30. 9. 1966	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	ab 1. 7. 1968
die Witwe	304 DM	316 DM	329 DM,
den Witwer	304 DM	316 DM	329 DM,

	vom 1. 1. bis 30. 9. 1966	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	ab 1. 7. 1968
die Vollwaise	153 DM	159 DM	165 DM,
die erste und zweite Halbwaise,			
wenn keine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	115 DM	120 DM	125 DM,
wenn eine Rente für die Witwe oder den Witwer gezahlt wird, je	85 DM	88 DM	92 DM,
die dritte und jede folgende Halbwaise je	76 DM	79 DM	82 DM,
den elternlosen Enkel	153 DM	159 DM	165 DM,
die Eltern oder Adoptiveltern zusammen	229 DM	238 DM	248 DM,
einen überlebenden Eltern- oder Adoptiv- elternanteil	153 DM	159 DM	165 DM."

2. Die Besoldungsübersicht (Anlage 1 zu § 10) erhält folgende Fassung:

Anlage 1
(zu § 10 der 1. DV-BEG)

Besoldungsübersicht

Vergleichbarer Dienst		Einfacher Dienst	Mittlerer Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst
1. Ruhegehaltfähige jährliche Dienstbezüge	bis 30. 9. 1951	3 100	4 300	6 800	11 000
	bis 31. 3. 1953	3 596	4 988	7 888	12 760
	bis 31. 12. 1955	4 092	5 676	8 976	14 520
	bis 31. 3. 1957	4 464	6 192	9 792	15 840
	bis 31. 5. 1960	5 148	7 084	10 944	17 480
	bis 31. 12. 1960	5 508	7 580	11 710	18 529
	bis 30. 6. 1962	5 949	8 186	12 647	19 826
	bis 28. 2. 1963	6 306	8 677	13 279	20 817
	bis 30. 9. 1964	6 876	8 677	13 279	20 817
	bis 31. 8. 1965	7 426	9 371	14 209	22 274
	bis 31. 12. 1965	8 400	10 092	15 756	23 250
	bis 30. 9. 1966	8 736	10 496	16 386	24 180
	bis 30. 6. 1968	9 085	10 916	17 041	24 905
	ab 1. 7. 1968	9 448	11 353	17 723	25 777

Vergleichbarer Dienst		Einfacher Dienst	Mittlerer Dienst	Gehobener Dienst	Höherer Dienst
2. Unfallruhegehalt (66 $\frac{2}{3}$ % aus Nr. 1)	bis 30. 9. 1951	2 067	2 867	4 534	7 334
	bis 31. 3. 1953	2 398	3 326	5 259	8 507
	bis 31. 12. 1955	2 728	3 784	5 984	9 680
	bis 31. 3. 1957	2 976	4 128	6 528	10 560
	bis 31. 5. 1960	3 432	4 723	7 296	11 653
	bis 31. 12. 1960	3 672	5 054	7 806	12 353
	bis 30. 6. 1962	3 966	5 458	8 432	13 218
	bis 28. 2. 1963	4 204	5 785	8 853	13 878
	bis 30. 9. 1964	4 584	5 785	8 853	13 878
	bis 31. 8. 1965	4 951	6 247	9 473	14 849
	bis 31. 12. 1965	5 600	6 728	10 504	15 500
	bis 30. 9. 1966	5 824	6 997	10 924	16 120
	bis 30. 6. 1968	6 057	7 277	11 361	16 603
	ab 1. 7. 1968	6 299	7 568	11 815	17 184
3. Witwengeld (60 % aus Nr. 2)	bis 30. 9. 1951	1 500	1 720	2 720	4 400
	bis 31. 3. 1953	1 500	1 996	3 155	5 104
	bis 31. 12. 1955	1 637	2 270	3 590	5 808
	bis 31. 3. 1957	1 786	2 477	3 917	6 336
	bis 31. 5. 1960	2 059	2 834	4 378	6 992
	bis 31. 12. 1960	2 204	3 032	4 684	7 412
	bis 30. 6. 1962	2 380	3 275	5 059	7 931
	bis 28. 2. 1963	2 522	3 471	5 312	8 327
	bis 30. 9. 1964	2 750	3 471	5 312	8 327
	bis 31. 8. 1965	2 971	3 748	5 684	8 909
	bis 31. 12. 1965	3 360	4 037	6 302	9 300
	bis 30. 9. 1966	3 494	4 198	6 554	9 672
	bis 30. 6. 1968	3 634	4 366	6 817	9 962
	ab 1. 7. 1968	3 779	4 541	7 089	10 311
4. Waisengeld (30 % aus Nr. 2)	bis 30. 9. 1951	620	860	1 360	2 200
	bis 31. 3. 1953	719	998	1 578	2 552
	bis 31. 12. 1955	818	1 135	1 795	2 904
	bis 31. 3. 1957	893	1 238	1 958	3 168
	bis 31. 5. 1960	1 030	1 417	2 189	3 496
	bis 31. 12. 1960	1 102	1 516	2 342	3 706
	bis 30. 6. 1962	1 190	1 637	2 530	3 965
	bis 28. 2. 1963	1 261	1 736	2 656	4 163
	bis 30. 9. 1964	1 375	1 736	2 656	4 163
	bis 31. 8. 1965	1 485	1 874	2 842	4 455
	bis 31. 12. 1965	1 680	2 018	3 151	4 650
	bis 30. 9. 1966	1 747	2 099	3 277	4 836
	bis 30. 6. 1968	1 817	2 183	3 408	4 981
	ab 1. 7. 1968	1 890	2 271	3 545	5 155

Artikel II

Anderung der 2. DV-BEG

Die Zweite Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (2. DV-BEG) in der Fassung der Verordnung vom 31. März 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 285) wird wie folgt geändert:

1. § 21 a erhält folgende Fassung:

„§ 21 a

Erhöhung der monatlichen Mindestbeträge der Rente (§ 32 Abs. 1 BEG)

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt bei einer Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit

	vom 1. 1. bis 30. 9. 1966	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	ab 1. 7. 1968
von 25 bis 39 v. H.	153 DM	159 DM	165 DM
von 40 bis 49 v. H.	191 DM	199 DM	207 DM
von 50 bis 59 v. H.	229 DM	238 DM	248 DM
von 60 bis 69 v. H.	266 DM	277 DM	288 DM
von 70 bis 79 v. H.	304 DM	316 DM	329 DM
von 80 und mehr v. H.	380 DM	395 DM	411 DM.“

2. § 21 b erhält folgende Fassung:

„§ 21 b

Erhöhung der monatlichen Mindestbeträge der Rente (§ 32 Abs. 2 BEG)

Der monatliche Mindestbetrag der Rente beträgt vom 1. Januar 1966 bis zum 30. September 1966 354 Deutsche Mark, vom 1. Oktober 1966 bis zum 30. Juni 1968 368 Deutsche Mark und ab 1. Juli 1968 383 Deutsche Mark.“

3. Die Besoldungsübersicht (Anlage zu §§ 13 und 14) erhält die nachfolgende Fassung:

Anlage
(zu den §§ 13 und 14 der 2. DV-BEG)**Besoldungsübersicht**

Lebensalter gemäß § 13 Abs. 2 oder § 14 Abs. 2		bis zum vollendetem 25. Lebens- jahr	ab voll- endetem 25. Lebens- jahr	ab voll- endetem 30. Lebens- jahr	ab voll- endetem 35. Lebens- jahr	ab voll- endetem 40. Lebens- jahr	ab voll- endetem 45. Lebens- jahr	ab voll- endetem 50. Lebens- jahr	ab voll- endetem 55. Lebens- jahr
1. Dienst Einkommen jährlich Einfacher Dienst	bis 30. 9. 1951	2 400	2 400	2 550	2 700	2 850	3 000	3 150	3 300
	bis 31. 3. 1953	2 784	2 784	2 958	3 132	3 306	3 480	3 654	3 828
	bis 31. 12. 1955	3 168	3 168	3 366	3 564	3 762	3 960	4 158	4 356
	bis 31. 3. 1957	3 456	3 456	3 672	3 888	4 104	4 320	4 536	4 752
	bis 31. 5. 1960	4 212	4 212	4 446	4 680	4 914	5 148	5 148	5 148
	bis 31. 12. 1960	4 507	4 507	4 757	5 008	5 258	5 508	5 508	5 508
	bis 30. 6. 1962	4 868	4 868	5 138	5 409	5 679	5 949	5 949	5 949
	bis 28. 2. 1963	5 160	5 160	5 446	5 734	6 020	6 306	6 306	6 306
	bis 30. 9. 1964	5 160	5 160	5 472	5 784	6 096	6 408	6 720	6 876
	bis 31. 8. 1965	5 573	5 573	5 910	6 247	6 584	6 921	7 258	7 426
	bis 31. 12. 1965	6 108	6 490	6 872	7 254	7 636	8 018	8 400	8 400
	bis 30. 9. 1966	6 352	6 750	7 147	7 544	7 941	8 339	8 736	8 736
	bis 30. 6. 1968	6 606	7 020	7 433	7 846	8 259	8 673	9 085	9 085
	ab 1. 7. 1968	6 870	7 301	7 730	8 160	8 589	9 020	9 448	9 448
2. Dienst Einkommen jährlich Mittlerer Dienst	bis 30. 9. 1951	2 800	2 800	3 100	3 400	3 700	4 000	4 300	4 600
	bis 31. 3. 1953	3 248	3 248	3 596	3 944	4 292	4 640	4 988	5 336
	bis 31. 12. 1955	3 696	3 696	4 092	4 488	4 884	5 280	5 676	6 072
	bis 31. 3. 1957	4 032	4 032	4 464	4 896	5 328	5 760	6 192	6 624
	bis 31. 5. 1960	4 774	4 774	5 236	5 698	6 160	6 622	7 084	7 084
	bis 31. 12. 1960	5 108	5 108	5 603	6 097	6 591	7 086	7 580	7 580
	bis 30. 6. 1962	5 517	5 517	6 051	6 585	7 118	7 653	8 186	8 186
	bis 28. 2. 1963	5 848	5 848	6 414	6 980	7 545	8 112	8 677	8 677
	bis 30. 9. 1964	6 120	6 120	6 552	6 980	7 545	8 112	8 677	8 677
	bis 31. 8. 1965	6 610	6 610	7 076	7 538	8 149	8 761	9 371	9 371
	bis 31. 12. 1965	7 176	7 662	8 148	8 634	9 120	9 606	10 092	10 092
	bis 30. 9. 1966	7 463	7 968	8 474	8 979	9 485	9 990	10 496	10 496
	bis 30. 6. 1968	7 762	8 287	8 813	9 338	9 864	10 390	10 916	10 916
	ab 1. 7. 1968	8 072	8 618	9 166	9 712	10 259	10 806	11 353	11 353
3. Dienst Einkommen jährlich Gehobener Dienst	bis 30. 9. 1951	3 600	3 600	4 200	4 800	5 400	6 000	6 600	7 200
	bis 31. 3. 1953	4 176	4 176	4 872	5 568	6 264	6 960	7 656	8 352
	bis 31. 12. 1955	4 752	4 752	5 544	6 336	7 128	7 920	8 712	9 504
	bis 31. 3. 1957	5 184	5 184	6 048	6 912	7 776	8 640	9 504	10 368
	bis 31. 5. 1960	5 928	5 928	6 840	7 752	8 664	9 576	10 488	10 944
	bis 31. 12. 1960	6 343	6 343	7 319	8 295	9 270	10 246	11 222	11 710
	bis 30. 6. 1962	6 850	6 850	7 905	8 959	10 012	11 066	12 120	12 647
	bis 28. 2. 1963	7 261	7 261	8 379	9 497	10 613	11 730	12 726	13 279
	bis 30. 9. 1964	7 661	7 661	8 379	9 497	10 613	11 730	12 726	13 279
	bis 31. 8. 1965	8 274	8 274	9 049	10 257	11 356	12 551	13 617	14 209
	bis 31. 12. 1965	9 684	10 587	11 490	12 393	13 296	14 198	15 100	15 100
	bis 30. 9. 1966	10 071	11 010	11 950	12 889	13 828	14 766	15 704	15 704
	bis 30. 6. 1968	10 474	11 450	12 428	13 405	14 381	15 357	16 332	16 332
	ab 1. 7. 1968	10 893	11 908	12 925	13 941	14 956	15 971	16 985	16 985
4. Dienst Einkommen jährlich Höherer Dienst	bis 30. 9. 1951	4 900	4 900	6 000	7 100	8 200	9 300	10 400	11 500
	bis 31. 3. 1953	5 684	5 684	6 960	8 236	9 512	10 788	12 064	13 340
	bis 31. 12. 1955	6 468	6 468	7 920	9 372	10 824	12 276	13 728	15 180
	bis 31. 3. 1957	7 056	7 056	8 640	10 224	11 808	13 392	14 976	16 560
	bis 31. 5. 1960	7 448	7 448	9 120	10 792	12 464	14 136	15 808	17 480
	bis 31. 12. 1960	7 969	7 969	9 758	11 547	13 212	14 984	16 756	18 529
	bis 30. 6. 1962	8 607	8 607	10 539	12 471	14 137	16 033	17 929	19 826
	bis 30. 9. 1964	9 123	9 123	11 171	13 095	14 844	16 635	18 425	20 817
	bis 31. 8. 1965	9 853	9 853	11 953	14 012	15 883	18 013	20 143	22 274
	bis 31. 12. 1965	13 994	15 177	16 360	17 543	18 726	19 909	21 092	22 274
	bis 30. 9. 1966	14 554	15 784	17 014	18 245	19 475	20 705	21 936	23 165
	bis 30. 6. 1968	15 136	16 415	17 695	18 975	20 254	21 524	22 794	24 060
	ab 1. 7. 1968	15 741	17 072	18 403	19 734	21 063	22 393	23 723	25 055

Artikel III

Anderung der 3. DV-BEG

Die Dritte Verordnung zur Durchführung des Bundesentschädigungsgesetzes (3. DV-BEG) in der Fassung der Verordnung vom 28. April 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 300) wird wie folgt geändert:

1. § 22 a erhält folgende Fassung:

„§ 22 a

Erhöhung des monatlichen Höchstbetrages der Rente (§ 83 Abs. 2 BEG)

Der monatliche Höchstbetrag der Rente beträgt vom 1. Oktober 1966 bis zum 30. Juni 1968 1 030 Deutsche Mark und ab 1. Juli 1968 1 066 Deutsche Mark.“

2. § 24 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Der monatliche Freibetrag nach § 85 Abs. 2 Satz 2 BEG beträgt vom 1. Januar 1966 bis zum 30. September 1966 240 Deutsche Mark, vom 1. Oktober 1966 bis zum 30. Juni 1968 250 Deutsche Mark und ab 1. Juli 1968 260 Deutsche Mark.“

3. § 33 Abs. 4 wird durch folgenden Satz 3 ergänzt:

„Die sich nach Satz 2 ergebenden Rentenbeträge bis 900 Deutsche Mark monatlich werden ab 1. Juli 1968 um weitere 4 vom Hundert erhöht; Rentenbeträge ab 901 Deutsche Mark monatlich werden ab 1. Juli 1968 um 3,5 vom Hundert, mindestens jedoch um einen monatlichen Betrag von 36 Deutsche Mark erhöht.“

4. § 33 a erhält folgende Fassung:

„§ 33 a

Erhöhung des monatlichen Höchstbetrages der Rente (§ 95 Abs. 1 BEG)

Der monatliche Höchstbetrag der Rente beträgt vom 1. Oktober 1966 bis zum 30. Juni 1968 1 030 Deutsche Mark und ab 1. Juli 1968 1 066 Deutsche Mark.“

5. § 34 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die monatlichen Freibeträge nach § 95 Abs. 3 BEG betragen für

	vom 1. 1. bis 30. 9. 1966	vom 1. 10. 1966 bis 30. 6. 1968	ab 1. 7. 1968
den unverheirateten Verfolgten	415 DM	430 DM	447 DM
den verheirateten Verfolgten	520 DM	540 DM	562 DM
jedes kinderzuschlagsberechtigte Kind	42 DM	45 DM	47 DM.“

6. § 35 Abs. 3 bis Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„(3) Im Falle des § 97 Abs. 2 BEG werden die in § 95 Abs. 3 BEG genannten Beträge für die Witwe oder den Witwer durch folgende Beträge ersetzt:

bis 31. Dezember 1960	260 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	310 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	360 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	375 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968	390 Deutsche Mark,
ab 1. Juli 1968	406 Deutsche Mark.

Diese Beträge erhöhen sich für jedes Kind, für das nach Beamtenrecht Kinderzuschläge gewährt werden können

bis 31. Dezember 1960	um 20 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	um 30 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	um 40 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	um 42 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968	um 45 Deutsche Mark,
ab 1. Juli 1968	um 47 Deutsche Mark.

(4) Haben neben der Witwe oder dem Witwer auch Kinder Anspruch auf Rente, so treten für jedes Kind an die Stelle der in § 95 Abs. 3 BEG genannten Beträge folgende Beträge:

bis 31. Dezember 1960	100 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	110 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	130 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	135 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968	140 Deutsche Mark,
ab 1. Juli 1968	146 Deutsche Mark.

(5) Haben nur die Kinder Anspruch auf Rente, so treten für jedes Kind an die Stelle der in Absatz 4 genannten Beträge folgende Beträge:

bis 31. Dezember 1960	120 Deutsche Mark,
bis 30. September 1964	140 Deutsche Mark,
bis 31. Dezember 1965	170 Deutsche Mark,
bis 30. September 1966	177 Deutsche Mark,
bis 30. Juni 1968	185 Deutsche Mark,
ab 1. Juli 1968	192 Deutsche Mark.“

7. § 38 a erhält folgende Fassung:

„§ 38 a

(1) Der Monatsbetrag der Rente nach § 156 Abs. 3 BEG beträgt ab 1. Januar 1966 260 Deutsche Mark, ab 1. Oktober 1966 270 Deutsche Mark und ab 1. Juli 1968 281 Deutsche Mark.

(2) Der Monatsbetrag der Rente nach § 157 Abs. 2 Satz 1 BEG beträgt ab 1. Januar 1966 198 Deutsche Mark, ab 1. Oktober 1966 206 Deutsche Mark und ab 1. Juli 1968 214 Deutsche Mark.

(3) Der Monatsbetrag der Rente nach § 157 Abs. 2 Satz 2 BEG beträgt ab 1. Januar 1966 99 Deutsche Mark, ab 1. Oktober 1966 103 Deutsche Mark und ab 1. Juli 1968 107 Deutsche Mark.“

8. Die Besoldungsübersicht (Anlage 4 zu §§ 15 und 17) erhält die nachstehende Fassung:

Anlage 4
(zu den §§ 15 und 17 der 3. DV-BEG)

Besoldungsübersicht

1. Einfacher Dienst

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
Erreichbare Dienstbezüge bis 30. 9. 1951	2 700	3 000	3 300	3 450
bis 31. 3. 1953	3 132	3 480	3 828	4 002
bis 31. 12. 1955	3 564	3 960	4 356	4 554
bis 31. 3. 1957	3 888	4 320	4 752	4 968
bis 31. 5. 1960	4 680	4 914	5 148	5 244
bis 31. 12. 1960	5 008	5 258	5 508	5 611
bis 30. 6. 1962	5 409	5 679	5 949	6 060
bis 28. 2. 1963	5 734	6 020	6 306	6 424
bis 30. 9. 1964	5 784	6 096	6 720	6 876
bis 31. 8. 1965	6 247	6 584	7 258	7 426

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr
bis 31. 12. 1965	6 872	7 636	8 018	8 400
bis 30. 9. 1966	7 147	7 941	8 339	8 736
bis 30. 6. 1968	7 433	8 259	8 673	9 085
ab 1. 7. 1968	7 730	8 589	9 020	9 448

2. Mittlerer Dienst

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
Erreichbare Dienstbezüge bis 30. 9. 1951	3 400	4 000	4 600	4 900
bis 31. 3. 1953	3 944	4 640	5 336	5 684
bis 31. 12. 1955	4 488	5 280	6 072	6 468
bis 31. 3. 1957	4 896	5 760	6 624	7 056
bis 31. 5. 1960	5 698	6 622	7 084	7 448
bis 31. 12. 1960	6 097	7 086	7 580	7 969
bis 30. 6. 1962	6 585	7 653	8 186	8 607
bis 30. 9. 1964	6 980	8 112	8 677	9 123
bis 31. 8. 1965	7 538	8 761	9 371	9 853

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr
bis 31. 12. 1965	8 148	9 120	9 606	10 092
bis 30. 9. 1966	8 474	9 485	9 990	10 496
bis 30. 6. 1968	8 813	9 864	10 390	10 916
ab 1. 7. 1968	9 166	10 259	10 806	11 353

3. Gehobener Dienst

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
Erreichbare Dienstbezüge bis 30. 9. 1951	4 800	6 000	7 200	7 800
bis 31. 3. 1953	5 568	6 960	8 352	9 048
bis 31. 12. 1955	6 336	7 920	9 504	10 296
bis 31. 3. 1957	6 912	8 640	10 368	11 232
bis 31. 5. 1960	7 752	9 576	10 944	11 700
bis 31. 12. 1960	8 295	10 246	11 710	12 519
bis 30. 6. 1962	8 959	11 066	12 647	13 395
bis 30. 9. 1964	9 497	11 730	13 279	14 065
bis 31. 8. 1965	10 257	12 551	14 209	15 050

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr
bis 31. 12. 1965	11 490	13 296	14 198	15 100
bis 30. 9. 1966	11 950	13 828	14 766	15 704
bis 30. 6. 1968	12 428	14 381	15 357	16 332
ab 1. 7. 1968	12 925	14 956	15 971	16 985

4. Höherer Dienst

	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
Erreichbare Dienstbezüge bis 30. 9. 1951	7 100	9 300	11 500	12 600
bis 31. 3. 1953	8 236	10 788	13 340	14 616
bis 31. 12. 1955	9 372	12 276	15 180	16 632
bis 31. 3. 1957	10 224	13 392	16 560	18 144
bis 31. 5. 1960	10 792	14 136	17 480	18 900
bis 31. 12. 1960	11 547	14 984	18 529	20 034
bis 30. 6. 1962	12 471	16 033	19 826	21 436
bis 30. 9. 1964	13 095	16 835	20 817	22 508
bis 31. 8. 1965	14 012	18 013	22 274	24 084
bis 31. 12. 1965	16 360	18 726	22 274	24 084
bis 30. 9. 1966	17 014	19 475	23 165	24 084
bis 30. 6. 1968	17 695	20 254	23 860	24 720
ab 1. 7. 1968	18 403	20 963	24 695	25 585

9. Die Besoldungsübersicht (Anlage 5b zu § 22) erhält die nachstehende Fassung:

Anlage 5b
(zu § 22 der 3. DV-BEG)

Besoldungsübersicht

Rente

Lebensalter am 1. 10. 1953	Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr
----------------------------	------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------

1. Einfacher Dienst

1. Dienstinkommen jährlich bis 31. 12. 1965	6 872	7 636	8 018	8 400
bis 30. 9. 1966	7 147	7 941	8 339	8 736
bis 30. 6. 1968	7 433	8 259	8 673	9 085
ab 1. 7. 1968	7 730	8 589	9 020	9 448

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 50. Lebensjahr	Ab vollendetem 50. Lebensjahr
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 12. 1965	3 092	4 963	5 613	6 300
	bis 30. 9. 1966	3 216	5 162	5 838	6 552
	bis 30. 6. 1968	3 345	5 368	6 072	6 814
	ab 1. 7. 1968	3 479	5 583	6 315	7 087
3. Jahresrente ($\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 12. 1965	2 076	3 312	3 744	4 200
	bis 30. 9. 1966	2 148	3 444	3 900	4 368
	bis 30. 6. 1968	2 232	3 588	4 056	4 548
	ab 1. 7. 1968	2 328	3 732	4 212	4 728
4. Monatsrente	bis 31. 12. 1965	173	276	312	350
	bis 30. 9. 1966	179	287	325	364
	bis 30. 6. 1968	186	299	338	379
	ab 1. 7. 1968	194	311	351	394
2. Mittlerer Dienst					
1. Dienststeinkommen jährlich	bis 31. 12. 1965	8 148	9 120	9 606	10 092
	bis 30. 9. 1966	8 474	9 485	9 990	10 496
	bis 30. 6. 1968	8 813	9 864	10 390	10 916
	ab 1. 7. 1968	9 166	10 259	10 806	11 353
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 12. 1965	3 667	5 928	7 029	7 569
	bis 30. 9. 1966	3 814	6 165	7 310	7 872
	bis 30. 6. 1968	3 967	6 412	7 602	8 187
	ab 1. 7. 1968	4 126	6 668	7 906	8 514
3. Jahresrente ($\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 12. 1965	2 448	3 956	4 692	5 052
	bis 30. 9. 1966	2 544	4 116	4 872	5 256
	bis 30. 6. 1968	2 652	4 284	5 076	5 460
	ab 1. 7. 1968	2 760	4 452	5 280	5 676
4. Monatsrente	bis 31. 12. 1965	204	328	391	421
	bis 30. 9. 1966	212	343	406	438
	bis 30. 6. 1968	221	357	423	455
	ab 1. 7. 1968	230	371	440	473
3. Gehobener Dienst					
1. Dienststeinkommen jährlich	bis 31. 12. 1965	11 490	13 296	14 198	15 100
	bis 30. 9. 1966	11 950	13 828	14 766	15 704
	bis 30. 6. 1968	12 428	14 381	15 357	16 332
	ab 1. 7. 1968	12 925	14 956	15 971	16 985
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 12. 1965	5 171	8 642	10 657	11 325
	bis 30. 9. 1966	5 378	8 988	11 083	11 778
	bis 30. 6. 1968	5 593	9 348	11 526	12 249
	ab 1. 7. 1968	5 817	9 722	11 987	12 739
3. Jahresrente ($\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 12. 1965	3 456	5 760	7 116	7 560
	bis 30. 9. 1966	3 588	6 000	7 392	7 860
	bis 30. 6. 1968	3 732	6 240	7 692	8 172
	ab 1. 7. 1968	3 888	6 492	7 992	8 496
4. Monatsrente	bis 31. 12. 1965	288	480	593	630
	bis 30. 9. 1966	299	500	616	655
	bis 30. 6. 1968	311	520	641	681
	ab 1. 7. 1968	324	541	666	708

Lebensalter am 1. 10. 1953		Bis zum vollendeten 35. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 45. Lebensjahr	Bis zum vollendeten 55. Lebensjahr	Ab vollendetem 55. Lebensjahr
4. Höherer Dienst					
1. Dienst Einkommen jährlich	bis 31. 12. 1965	16 360	18 726	22 274	24 084
	bis 30. 9. 1966	17 014	19 475	23 165	24 084
	bis 30. 6. 1968	17 695	20 254	23 940	24 720
	ab 1. 7. 1968	18 403	20 963	24 778	25 585
2. Versorgungsbezüge jährlich	bis 31. 12. 1965	5 726	10 299	15 592	18 064
	bis 30. 9. 1966	5 955	10 711	16 216	18 064
	bis 30. 6. 1968	6 193	11 139	16 758	18 540
	ab 1. 7. 1968	6 441	11 529	17 345	19 189
3. Jahresrente ($\frac{2}{3}$ aus Nr. 2)	bis 31. 12. 1965	3 816	6 876	9 420	9 420
	bis 30. 9. 1966	3 972	7 140	10 812	12 000
	bis 30. 6. 1968	4 128	7 428	11 172	12 360
	ab 1. 7. 1968	4 296	7 692	11 568	12 792
4. Monatsrente	bis 31. 12. 1965	318	573	785	785
	bis 30. 9. 1966	331	595	901	1 000
	bis 30. 6. 1968	344	619	931	1 030
	ab 1. 7. 1968	358	641	964	1 066

Artikel IV**Übergangsvorschriften**

(1) Die Unanfechtbarkeit oder die Rechtskraft einer vor Verkündung dieser Verordnung ergangenen Entscheidung steht einer erneuten Entscheidung auf Grund dieser Verordnung nicht entgegen.

(2) Bei Leistungsverbesserungen für laufende Renten auf Grund der Änderungen in Artikel I bis III dieser Verordnung bedarf es eines neuen Antrages nicht.

(3) Bei der erneuten Entscheidung über den Anspruch sind die Entschädigungsorgane an die tatsächlichen Feststellungen gebunden, auf denen der vor Verkündung dieser Verordnung ergangene unanfechtbare Bescheid oder die rechtskräftige gerichtliche Entscheidung beruht.

(4) Die Absätze 1 bis 3 finden entsprechende Anwendung, soweit die Ansprüche vor Verkündung dieser Verordnung durch Vergleich oder Abfindung

geregelt worden sind, es sei denn, daß ausdrücklich eine Berücksichtigung künftiger Leistungsverbesserungen ausgeschlossen worden ist.

(5) Soweit vor Verkündung dieser Verordnung Ansprüche von Berechtigten durch unanfechtbaren Bescheid oder durch rechtskräftige gerichtliche Entscheidung vorbehaltlos festgesetzt worden sind, behält es hierbei zugunsten der Berechtigten sein Bewenden.

Artikel V**Anwendung in Berlin**

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 240 BEG auch im Land Berlin.

Artikel VI**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1968 in Kraft.

Bonn, den 25. März 1969

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Brandt

Der Bundesminister der Finanzen
Strauß

Bekanntmachung
über die Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages
Vom 10. März 1969

Der Deutsche Bundestag hat seine gemäß Artikel 40 Abs. 1 des Grundgesetzes beschlossene Geschäftsordnung (Bekanntmachung vom 28. Januar 1952 — Bundesgesetzbl. II S. 389), zuletzt geändert durch Beschluß vom 27. März 1968 (Bekanntmachung vom 10. April 1968 — Bundesgesetzbl. I S. 477), durch Beschluß vom 28. Februar 1969 wie folgt geändert:

Hinter § 54 wird ein neuer § 54 a mit folgendem Wortlaut eingefügt:

„§ 54 a

Wahlen mit verdeckten Stimmzetteln

(1) Soweit in einem Bundesgesetz oder in dieser Geschäftsordnung Wahlen durch den Bundestag mit verdeckten (amtlichen) Stimmzetteln vorgeschrieben sind, findet die Wahl geheim statt. Die Stimmzettel dürfen erst vor Betreten der Wahlzelle (bei Namensaufruf) ausgehändigt werden. Die zur Gewährleistung einer geheimen Wahl aufzustellenden Wahlzellen sind bei der Stimmabgabe zu benutzen. Die gekennzeichneten Stimmzettel sind in einem Wahlumschlag in die dafür vorgesehenen Wahlurnen zu legen.

(2) § 52 Abs. 6 Buchstabe a der Bundeswahlordnung gilt entsprechend.“

Bonn, den 10. März 1969

Der Präsident des Deutschen Bundestages
von Hassel

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften	
	— Ausgabe in deutscher Sprache —	
	vom	Nr./Seite
11. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 448/69 des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 315/68 zur Festsetzung von Qualitätsnormen für Blumenbulben, -zwiebeln und -knollen	12. 3. 69	L 61/1
11. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 449/69 des Rates über die Rückvergütung der den Organisationen von Obst- und Gemüseerzeugern von den Mitgliedstaaten gewährten Beihilfen	12. 3. 69	L 61/2
11. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 450/69 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grütze und Grieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen	12. 3. 69	L 61/4
11. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 451/69 der Kommission über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden	12. 3. 69	L 61/5
11. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 452/69 der Kommission zur Änderung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung	12. 3. 69	L 61/7
11. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 453/69 der Kommission über die Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weißzucker und Rohzucker	12. 3. 69	L 61/8
11. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 454/69 der Kommission zur Änderung der bei der Einfuhr von Getreide- und Reisverarbeitungserzeugnissen zu erhebenden Abschöpfungen	12. 3. 69	L 61/9
11. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 455/69 des Rates zur Änderung des Anhangs 1 der Verordnung (EWG) Nr. 865/68 in bezug auf die Frucht- oder Gemüsesäfte der Tarifstelle 20.07 B	14. 3. 69	L 64/1
12. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 456/69 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grütze und Grieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen	13. 3. 69	L 62/1
12. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 457/69 der Kommission über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden	13. 3. 69	L 62/2
12. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 458/69 der Kommission zur Änderung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung	13. 3. 69	L 62/4
12. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 459/69 der Kommission über die Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weißzucker und Rohzucker	13. 3. 69	L 62/5
12. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 460/69 der Kommission über die Festsetzung der Abschöpfung bei der Einfuhr von Melasse	13. 3. 69	L 62/6
12. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 461/69 der Kommission über eine Ausschreibung zum Absatz von Lagerkäse aus den Beständen der italienischen Interventionsstelle	13. 3. 69	L 62/7
12. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 462/69 der Kommission zur Festsetzung des Grundbetrags der Abschöpfung bei der Einfuhr von Sirup und bestimmten anderen Erzeugnissen des Zuckersektors	13. 3. 69	L 62/10
12. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 463/69 der Kommission zur Änderung der Erstattung bei der Ausfuhr in unverändertem Zustand für Weißzucker und Rohzucker	13. 3. 69	L 62/11
13. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 464/69 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grütze und Grieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen	14. 3. 69	L 63/1
13. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 465/69 der Kommission über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden	14. 3. 69	L 63/2
13. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 466/69 der Kommission zur Festsetzung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung	14. 3. 69	L 63/4

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	Veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften	
	— Ausgabe in deutscher Sprache —	
	vom	Nr./Seite
13. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 467/69 der Kommission zur Festsetzung der für Getreide, Mehle, Grütze und Grieß von Weizen oder Roggen anzuwendenden Erstattungen	14. 3. 69	L 63/6
13. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 468/69 der Kommission zur Festsetzung der bei Reis und Bruchreis anzuwendenden Abschöpfungen	14. 3. 69	L 63/10
13. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 469/69 der Kommission zur Festsetzung der Erstattungen bei der Ausfuhr für Reis und Bruchreis	14. 3. 69	L 63/12
13. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 470/69 der Kommission zur Festsetzung der Prämien als Zuschlag zu den Abschöpfungen für Reis und Bruchreis	14. 3. 69	L 63/14
13. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 471/69 der Kommission zur Festsetzung der bei der Erstattung für Reis und Bruchreis anzuwendenden Berichtigung	14. 3. 69	L 63/16
13. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 472/69 der Kommission über die Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weißzucker und Rohzucker	14. 3. 69	L 63/18
13. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 473/69 der Kommission zur Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Kälbern und ausgewachsenen Rindern sowie von Rindfleisch, ausgenommen gefrorenes Rindfleisch	14. 3. 69	L 63/19
13. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 474/69 der Kommission zur Ergänzung der Verordnung (EWG) Nr. 911/68 hinsichtlich der Vorausfestsetzung der Beihilfe für Olsaaten	14. 3. 69	L 63/21
13. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 475/69 der Kommission zur Änderung der bei der Einfuhr von Getreide- und Reisverarbeitungs-erzeugnissen zu erhebenden Abschöpfungen	14. 3. 69	L 63/22
14. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 476/69 der Kommission zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grütze und Grieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen	15. 3. 69	L 65/1
14. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 477/69 der Kommission über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden	15. 3. 69	L 65/2
14. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 478/69 der Kommission zur Änderung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung	15. 3. 69	L 65/4
14. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 479/69 der Kommission über die Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Weißzucker und Rohzucker	15. 3. 69	L 65/5
14. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 480/69 der Kommission zur Festsetzung der Abschöpfungen bei der Einfuhr von Milch und Milcherzeugnissen	15. 3. 69	L 65/6
14. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 481/69 der Kommission zur Festsetzung der Abschöpfungen für Olivenöl	15. 3. 69	L 65/12
14. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 482/69 der Kommission betreffend Anträge auf Abschlagszahlungen aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, Zeitraum 1968/1969	15. 3. 69	L 65/14
14. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 483/69 der Kommission über Ausschreibungen zum Absatz von Butter aus den Beständen der deutschen, der französischen und der niederländischen Interventionsstelle	15. 3. 69	L 65/15
14. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 484/69 der Kommission zur Festsetzung des Betrages der Beihilfe für Olsaaten	15. 3. 69	L 65/16
14. 3. 69 Verordnung (EWG) Nr. 485/69 der Kommission zur Festsetzung der für bestimmte Milcherzeugnisse anzuwendenden Erstattungen	15. 3. 69	L 65/19

An alle Bezieher des Bundesgesetzblattes

In den letzten Jahren sind beim Druck und Vertrieb des Bundesgesetzblattes erhebliche Kostensteigerungen eingetreten, die von uns aus auch durch Rationalisierungsmaßnahmen nicht voll aufgefangen werden konnten. Zu unserem Bedauern sind wir deshalb gezwungen, ab 1. April 1969 den vierteljährlichen Bezugspreis für das Bundesgesetzblatt Teil I und Teil II auf je DM 10,— und den Einzelverkaufspreis auf DM 0,50 je angefangene 16 Seiten anzuheben.

Wir bitten unsere Bezieher um Verständnis für diese Maßnahme.

BUNDESGESETZBLATT

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz. — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges. m.b.H., 5 Köln 1, Postfach.
Druck: Bundesdruckerei Bonn.

Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.

Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Ausfertigung verkündet. In Teil III wird das als fortgeltend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über die Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Bezugsbedingungen für Teil III durch den Verlag. Bezugsbedingungen für Teil I und II: Laufender Bezug nur durch die Post. Neubestellung mittels Zeitungskontokarte an einem Postschalter. **Bezugspreis** vierteljährlich für Teil I und Teil II je 8,50 DM Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,40 DM gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 3 99 oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe 0,40 DM zuzüglich Versandgebühr 0,15 DM.

Bestellungen bereits erschienener Ausgaben sind zu richten an: Bundesgesetzblatt 53 Bonn 1, Postfach.